

L-02 Herzlich Willkommen – jetzt auch in staatlich

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2017
Tagesordnungspunkt: T-4 Leitantrag L-02

1 Herzlich Willkommen – jetzt auch in staatlich

2 Berlin, wie es heute ist, ist aus Zuwanderung entstanden – vom Mittelalter an.
3 Ob Menschen aus Flandern oder Tschechien, ob Hugenott*innen, Jüd*innen aus Polen
4 und Russland, sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus Vietnam, Mosambik und der
5 Türkei oder Geflüchtete aus dem Nahen und Mittleren Osten: Berlin war immer vom
6 Zuzug, von Einwanderung und vom Wandel geprägt. Genau das macht Berlin aus. Es
7 ist auch diese Multikulturalität, die Berlin so liebenswert macht.

8 Lange wurde die Zuwanderung allerdings nicht als das betrachtet was sie ist: Ein
9 Gewinn für Berlin und die gesamte Bundesrepublik. Seit den 1950er-Jahren wurden
10 viele politische Fehler gemacht. Sinnbildlich steht dafür das Konzept der
11 „Gastarbeiter*innen“: Selbst nach Jahrzehnten in Deutschland wurden diese noch
12 als „Ausländer*innen“ behandelt, die lediglich den deutschen Fachkräftemangel
13 decken und dann wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten. Es gab
14 keine Integrationsangebote, keine Deutschkurse, sogar eigene Wohngebiete, in
15 denen versucht wurde, die Gruppen zu isolieren. Einbürgerungen und Integration
16 wurden erschwert statt erleichtert. Statt mit den Menschen auch ihre Religion in
17 Deutschland willkommen zu heißen, wurde mit der Türkei vertraglich vereinbart,
18 dass sie für die religiösen Bedürfnisse ihrer hier lebenden Bürger*innen
19 zuständig sei – mit türkischen Imamen, die in DITIB-Moscheen predigen. Der
20 Arbeit der Moscheen, seien sie arabisch, bosnisch, afrikanisch oder türkisch,
21 wurde keine Beachtung geschenkt – weder im Guten noch im Problematischen. Die
22 Folgen von all dem sind noch heute spürbar.

23 Berlin hilft – vorhandene Strukturen ausbauen und stärken

24 Trotz der fehlenden Willkommenskultur entstand seit den 60er-Jahren eine
25 vielfältige Landschaft aus Migrant*innenselbstorganisationen, um beim
26 Zurechtkommen in Berlin zu helfen, um Sprache und Kultur zu pflegen und auch, um
27 im politischen Raum Stellung zu beziehen. Diese Organisationen haben eine
28 Brückenfunktion in der Einwanderungsgesellschaft. Sie unterstützen heute –
29 zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen von Freiwilligen und
30 Ehrenamtlichen – Geflüchtete in Berlin. Hier finden sich viele
31 Sprachmittler*innen und Sozialarbeiter*innen, sie sind Wegweiser*innen durch
32 Asyl- und Gesundheitsversorgung. Oft sind sie aktive Mitglieder der
33 Wohlfahrtsverbände und bringen dort ihr Wissen und ihre Erfahrung ein.

34 Mit diesen Netzwerken und ihrer zivilgesellschaftlichen Kompetenz wollen wir die
35 Integrationspolitik für die Geflüchteten gestalten, die in den letzten Jahren
36 nach Berlin gekommen sind und in Zukunft kommen werden. Die innovative Kraft für
37 eine wirkungsvolle Integrationsarbeit ist vor Ort: in den Kiezen und den
38 konkreten Projekten.

39 Auch die Politik ist allmählich aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Seit den
40 Tagen des LaGeSo-Skandals, als Geflüchtete tagelang im Freien kampieren mussten,

41 um sich registrieren zu lassen, wurden wichtige Schritte gegangen. Dass die
42 Turnhallen innerhalb kurzer Zeit nach dem Regierungswechsel leergezogen wurden
43 und dass Berlin auch denen passende Sprach- und Integrationskurse anbietet, die
44 vom BAMF keine bekommen, ist richtig und entscheidend. Doch es gibt noch viel zu
45 verbessern: Gesundheitsversorgung und Behandlung von Traumata, Anerkennung der
46 mitgebrachten Qualifikationen oder von Ausbildung und Studium, Kitabesuch und
47 Schule für die Kinder, Ankommen in der Berliner Vielfalt sowie der Übergang von
48 Tempohomes und MUFs (Modulare Unterbringung für Flüchtlinge) in eigene
49 Wohnungen.

50 Integration beginnt an Tag Eins!

51 Berlin schafft es seit jeher, dass der Kaninchenzüchterverein neben dem
52 Technoclub existiert, dass Unterschiede ausgelebt werden und dieses
53 Nebeneinander funktioniert. In Berlin geben wir uns die Freiheit, verschieden zu
54 sein – basierend auf einem gemeinsamen Grundkonsens, trotz unterschiedlicher
55 Interessen, Vorlieben und Lebensweisen. Die meisten Geflüchteten freuen sich
56 über diese Freiheit. Zugleich haben viele auch ein Bedürfnis nach Orientierung.
57 Dabei geht es darum, typische Umgangsformen des Alltags kennenzulernen, aber
58 auch um die verbindlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens wie zum Beispiel das
59 Grundgesetz.

60 Das geschieht vor Ort und im Miteinander, durch konkrete Menschen und ab Tag
61 Eins. Tag Eins bedeutet: noch in der Herkunftssprache. Deshalb müssen die
62 Integrationskurse nicht nur für alle geöffnet, sondern endlich vom Kopf auf die
63 Füße gestellt werden: Grundlegende Orientierung gehört an den Anfang und nicht
64 ans Ende eines eineinhalbjährigen Kurses. Ein gutes Beispiel dafür, wie es gehen
65 kann, ist das Projekt „Willkommen im Rechtsstaat“ der Senatsverwaltung für
66 Justiz. Richter*Innen und Anwälte*innen gehen gemeinsam mit Dolmetscher*innen in
67 die Schulen und Volkshochschulen, aber auch in Geflüchteteinrichtungen, und
68 diskutieren mit den Geflüchteten über unsere Rechts- und Werteordnung, über
69 Gleichstellung und faire Verfahren.

70 Die eigentlichen Kulturmittler*innen sind jedoch die Menschen, denen Geflüchtete
71 in ihrem Alltag begegnen: Das sind zunächst Freiwillige in den Unterkünften,
72 Integrationslots*innen, Sozialarbeiter*innen, engagierte Gemeindemitglieder in
73 Kirchen- und Moscheevereinen – noch bevor dann Nachbar*innen,
74 Vereinskamerad*innen, Kolleg*innen und Mitschüler*innen dazukommen. Wir wollen
75 sie stärken und für ihre verantwortungsvolle Aufgabe besser als bisher
76 vorbereiten. Dazu gehört auch, ein Berufsbild für Integrationslots*innen zu
77 entwickeln.

78 Berlin lebt in den Kiezen – die Geflüchteten auch

79 Neben dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) sind die Bezirke
80 regelmäßiger Anlauf- und Kontaktpunkt für Geflüchtete und spielen damit eine
81 entscheidende Rolle. Interkulturelle Kompetenz in den Verwaltungen und gezielte
82 Information über bezirkliche Angebote in den Bereichen Jugend, Gesundheit etc.
83 können wichtige Impulse für das Leben von Geflüchteten in Berlin setzen. Dafür
84 braucht es auch eine gute Verweisberatung in den Ämtern, denn gerade
85 niedrigschwellige Angebote kann der Staat oft gar nicht bieten. Vor Ort sind die
86 Migrant*innenorganisationen, Initiativen und Vereine aktiv mit ihren
87 Sprachmittler*innen, ihren Beratungsangeboten, ihren Kontakten zu den Ämtern,
88 ihrer Vernetzung mit anderen Angeboten. Eine enge Zusammenarbeit mit

89 Integrationslots*innen und eine enge Verzahnung der bezirklichen
90 Integrationsangebote mit den Willkommensangeboten der Integrationsverwaltung
91 sind dabei enorm wichtig.

92 Neben den Schulen, den Jugendfreizeiteinrichtungen und den Familien- und
93 Nachbarschaftszentren leisten auch Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag –
94 denn sie vermitteln nicht nur Sprachkenntnisse, sondern bieten auch Raum für
95 Austausch, Orientierung und Diskussionen über Bräuche und Kulturen unserer
96 Gesellschaft. In einigen Volkshochschulen gibt es mittlerweile Stellen, die sich
97 um die Verzahnung von Spracherwerb und beruflicher Qualifizierung kümmern. Doch
98 auch Musikschulen, Bibliotheken oder andere Kultureinrichtungen der Bezirke
99 bieten Raum für Qualifizierung, Begegnung und Austausch. Mehrsprachige und
100 sprachqualifizierende Angebote sind mittlerweile in allen Bezirken fester
101 Bestandteil des Medienangebotes der Bibliotheken. Hier noch mehr Angebote wie
102 Nachhilfe, Bewerbungs- oder Schuldenberatung zu machen, ermöglicht Geflüchteten,
103 sich zu qualifizieren und ihr Leben eigenständig zu gestalten.

104 Berlin lebt in seinen Kiezen. Auch für die Integration Geflüchteter ist hier
105 also der beste Anknüpfungspunkt. Deshalb wollen wir die Kieze stärken. Dazu
106 gehört eine intensive Verzahnung der bezirklichen Angebote über Ressorts hinweg
107 genauso wie sozialräumliche Betrachtung und Gestaltung von Angeboten, die kurze
108 Wege und viele Begegnungen ermöglichen. Einander ergänzende staatliche und
109 ehrenamtlich organisierte Angebote sowie Angebote sozialer Träger, die allen
110 Bewohner*innen des jeweiligen Kiezes offenstehen und gemeinsam mit den Menschen
111 über Quartiersräte und Zukunftskonferenzen gestaltet werden, stärken
112 gemeinschaftliche Identifikation und Zusammenhalt im Kiez. Stadtteilzentren
113 können einen wichtigen Beitrag gegen Rassismus und Ausgrenzung und für mehr
114 Demokratie leisten.

115 Auch Sport hilft vielen Geflüchteten hier anzukommen: Er ist international und
116 funktioniert auch ohne gemeinsame Sprache. Viele Sportvereine und freie
117 Sportgruppen haben hier in den vergangenen Jahren großartige Arbeit geleistet.
118 Wir unterstützen sie dabei, weitere Sportangebote in der Nähe von Unterkünften
119 für die gesamte Nachbarschaft auszubauen – denn so können wir die Möglichkeit
120 der Begegnung durch gemeinsamen Sport stärken. Dafür braucht es aber auch eine
121 interkulturelle Öffnung der Strukturen in den Sportorganisationen.

122 Ankommen und dabei sein – durch Bildung und Arbeit

123 Für geflüchtete Kinder und Jugendliche sind Kita und Schule enorm wichtige Orte,
124 die gelingende Integration ermöglichen. Eine vorausschauende Planung, die
125 ausreichend Kita- und Schulplätze sicherstellt, sowie genug den Anforderungen
126 entsprechend geschultes Personal sind dafür unverzichtbar. Wir wollen zusätzlich
127 eine Bildungsberatung für alle Familien bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen
128 etablieren.

129 Sobald geflüchtete Kinder eine Kita besuchen, sind sie mittendrin. Was für sie
130 anfangs ein Sprung ins kalte Wasser ist, erweist sich in der Regel schnell als
131 Garant für Spracherwerb und Integration. Diesen inklusiven Ansatz halten wir
132 auch für den schulischen Bereich für richtig.

133 Unser Ziel bleibt die inklusive Beschulung mit entsprechender Unterstützung der
134 Lehrkräfte und Sozialpädagog*innen in Regelklassen. Dennoch werden wir auch
135 weiterhin Willkommensklassen brauchen – aber mit mehr Unterstützung, als es sie

136 bisher gibt. Es braucht endlich ein berlinweites Curriculum und ein Verzeichnis
137 geeigneter Lehrmaterialien. Und eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive für
138 alle Lehrkräfte, die derzeit in Willkommensklassen arbeiten. Damit Kinder auch
139 in Willkommensklassen am Schulleben teilhaben können, müssen die Klassenräume
140 auf dem Schulgelände sein und die Kinder bei der Essensversorgung, aber auch bei
141 allen Angeboten wie Ausflügen oder Nachmittagskursen, mit einbezogen werden.

142 Junge Muslimas der sogenannten zweiten und dritten Generation wollen mit
143 Kopftuch an Berliner Schulen unterrichten. Sie erleben das Berliner
144 Neutralitätsgesetz als Berufsverbot und wehren sich dagegen. Vor diesem
145 Hintergrund wird in Berlin heftig darüber diskutiert, ob das Neutralitätsgesetz
146 geändert werden muss. Wir stellen fest, dass sich nach der Rechtsprechung des
147 Bundesverfassungsgerichts ein pauschales Verbot des Kopftuchs für Lehrer*innen
148 nicht mehr halten lässt. Wir wollen eine lösungsorientierte Debatte
149 vorantreiben, die sich an praktischen Erfordernissen von Schulen orientiert. Wir
150 Grünen halten die Neutralität des Staates für ein hohes Gut. Schule muss ein
151 diskriminierungsfreier Raum sein: Keine*r darf wegen seiner Religion
152 diskriminiert werden und niemandem darf eine religiöse Vorstellung aufgezwungen
153 werden. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Geflüchteten aus arabischen
154 Ländern kommen und muslimisch sind, bekommt der Umgang mit sichtbarer Religion
155 in den Schulen eine neue Dringlichkeit. Hierfür brauchen die Schulen
156 Unterstützung, um den alltäglichen Herausforderungen gewachsen zu sein.

157 Das System der Sprach- und Integrationskurse wollen wir für alle Geflüchteten
158 passend machen, dafür wo nötig ergänzende Angebote machen und enger als bislang
159 mit der Bundesagentur für Arbeit und dem BAMF kooperieren. Der prekäre
160 Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung oder
161 berufsvorbereitende Maßnahmen verhindern. Beschäftigungserlaubnisse sollte die
162 Bundesagentur für Arbeit erteilen und nicht länger das BAMF. Wir brauchen ein
163 Ausbildungsbleiberecht statt einer Ausbildungsduldung. Wir wollen mehr
164 modularisierte Angebote schaffen, denn unter Geflüchteten gibt es sowohl
165 Studienabbrecher*innen als auch Analphabet*innen. Orientierung und wo nötig
166 Alphabetisierung in der Herkunftssprache schaffen die Grundlage für die
167 erfolgreiche Teilnahme am Sprachkurs und für ein Ankommen von Anfang an. Sprache
168 lernt man am besten in der Praxis. Deshalb wollen wir berufsbezogene
169 Sprachförderung ausbauen und auch schon zu Integrationskursen begleitende
170 Betriebspraktika bzw. praxisbezogene Sprachkurse anbieten. Ausbildungsförderung
171 wie BAB und BAFÖG müssen für alle jungen Geflüchteten ohne Wartezeit verfügbar
172 sein. Umgekehrt sollten Ausbildungsangebote inklusive Förderung auch für über
173 25-Jährige geöffnet werden. Mit Kinderbetreuungsangeboten wollen wir mehr Frauen
174 die Teilnahme an Integrationskursen und Ausbildungsmaßnahmen ermöglichen.

175 Hilfe für die Helfer*innen

176 In Berlin haben sich seit 2015 tausende Freiwillige zusammengefunden und freie
177 Initiativen gegründet. Sie haben Strukturen gebildet, die sehr viel flacher und
178 flexibler sind als die der etablierten Organisationen. Sie haben gezeigt, was
179 Freiwillige in der Lage sind zu leisten. Viele dieser Freiwilligen sind
180 inzwischen nicht mehr Teil einer Initiative, sondern helfen einzelnen
181 Geflüchteten und Familien beim alltäglichen Zurechtfinden und bei
182 Behördengängen. Als Sprach- und Kulturmittler*innen nehmen sie den Behörden viel
183 Arbeit ab, werden aber dennoch häufig als Störfaktor behandelt. Hier muss ein

184 Umdenken in Behörden stattfinden, auch durch Schulungen von
185 Behördenmitarbeiter*innen.

186 Gleichzeitig brauchen die Freiwilligen auch selbst Unterstützung. Sie werden
187 gezwungenermaßen zu Generalist*innen, die aber oft an den bürokratischen Hürden
188 zwischen LAF, Jobcenter, Ausländerbehörde und BAMF verzweifeln. Für sie braucht
189 es Unterstützung, Aufklärung und oftmals selbst Sprachkurse, beispielsweise in
190 Arabisch. Andere wiederum, die keine einzelnen Personen betreuen und in ihren
191 Initiativen aktiv sind, haben mit der Schließung der Notunterkünfte den Ort
192 ihres ehrenamtlichen Engagements, ihre ehrenamtliche Heimat verloren. Denn
193 Initiativen brauchen physische Räume, in denen sie sich treffen und koordinieren
194 können. Hier sind das Land Berlin, aber auch die Bezirke gefordert,
195 entsprechende Räume zu schaffen, die aus den Geldern des ehemaligen „Masterplan
196 für Integration und Sicherheit“ finanziert werden können.

197 Integration ist ein Gewinn – für alle!

198 In den verschiedenen Phasen, die Geflüchtete nach ihrer Ankunft durchlaufen,
199 wollen wir sie bestmöglich unterstützen. Es geht darum, in allen Lebensbereichen
200 und insbesondere an den Übergängen – von Kita in Schule, von Schule in
201 Ausbildung oder Studium, beim Erwachsenwerden, bei Wohnungswechsel oder beim
202 Wechsel von Zuständigkeiten der Behörden – Brüche zu vermeiden, Zugänge zu
203 schaffen und für Begleitung zu sorgen, um so Teilhabe und ein selbstbestimmtes
204 Leben zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen. Insbesondere der Übergang von
205 unbegleiteten Minderjährigen ins Erwachsenenalter als Heranwachsende muss
206 stärker unterstützt werden. Es braucht mehr Angebote auch über den 18.
207 Geburtstag hinaus. Das gilt für Angebote des betreuten Wohnens, für die
208 Begleitung durch Erwachsene, aber auch für die Schule. Nicht alle bringen aus
209 ihrer Heimat genügend Schulbildung mit, um hier auf dem üblichen Weg zu
210 Schulabschlüssen zu kommen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass an
211 zunächst 16 Berliner Schulen Lerngruppen für geflüchtete Jugendliche
212 eingerichtet werden, die auf den guten Erfahrungen mit produktivem Lernen
213 aufbauen und Jugendlichen durch den Kontakt zu Betrieben den Übergang in
214 Ausbildung erleichtern.

215 Dabei gibt es Bedarfe, die sich aus der besonderen Situation von Geflüchteten
216 ergeben. Es gibt aber auch Bedarfe, die Geflüchtete ebenso betreffen wie andere
217 Gruppen in der Bevölkerung. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen
218 wir sicherstellen, dass Menschen – ob geflüchtet oder hier aufgewachsen – nicht
219 wegen ihrer Herkunft oder Religion Nachteile erfahren. Denn wer Teil unserer
220 Gesellschaft ist, sollte dies auch im Alltag erfahren. Grüne Integrationspolitik
221 ist inklusiv, wir wollen daher bestehende Maßnahmen und Angebote für Geflüchtete
222 öffnen, aber darüber hinaus Angebote schaffen, die Barrieren auch für andere
223 Gruppen aus dem Weg räumen. Wir nutzen die Chance, mit den Maßnahmen, die zur
224 Unterstützung der Geflüchteten beim Ankommen und beim Aufbau ihres Lebens in
225 Berlin nötig sind, längerfristige Innovationen für die ganze Stadt
226 voranzubringen.

227 Dazu zählt etwa, Unterkünfte so zu bauen, dass sie später auch für andere Formen
228 des gemeinschaftlichen Wohnens – Student*innen, Frauen* mit Kindern aus
229 Frauen*häusern, Senior*innen etc. – geeignet sind, wie es derzeit beispielhaft
230 auf dem ehemaligen Jerusalemfriedhof in Neukölln geschieht. Wenn wir die
231 Kapazitäten für temporäres Wohnen ausbauen, hilft das auch der wachsenden Zahl

232 von Wohnungslosen. Die Kompetenzfeststellung für Geflüchtete, die Grundlage für
233 die Arbeitsmarktintegration ist, soll auch Langzeitarbeitslosen zugutekommen.

234 Erleichterungen bei der Qualifikation von Quereinsteiger*innen aus
235 Willkommensklassen für den Lehrer*innenberuf wollen wir öffnen, so dass sie auch
236 den Lehrer*innen mit ausländischen Abschlüssen zugutekommen. Mit mehr und
237 verlässlicher Unterstützung und einem schlüssigen Konzept werden
238 Willkommensklassen – einst aus der Not geboren – zu „Durchlauferhitzern“, die
239 Anfangsschwierigkeiten aller neuzugewanderten Kinder abbauen helfen und sie fit
240 machen für den Besuch von Regelklassen.

241 Wir wollen die Erfahrungen mit dem teils überwältigenden Engagement von
242 Freiwilligen seit 2015 nutzen, um dauerhaft Strukturen für Engagement zu stärken
243 und die Verwaltung für die Kooperation mit der Zivilgesellschaft zu öffnen.
244 Nicht nur in Unterkünften, sondern überall. Nicht alles, aber vieles kann, wenn
245 es nachhaltig gemacht wird, auch anderen Zielgruppen zugutekommen. So schaffen
246 wir es, dass Integration nicht zum Spielfeld von Rechtspopulist*innen wird,
247 sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

248 Die Zeit ist überreif – mit Grün geht's voran

249 Bisläng gibt es kein Gesamtkonzept für Integration. Auch wir haben noch nicht
250 alle Antworten. Der „Masterplan für Integration und Sicherheit“, den der rot-
251 schwarze Senat in Auftrag gegeben hatte, wurde ohne diejenigen Akteur*innen
252 formuliert, die ihn umsetzen müssten: Die NGOs, die Schulen, Oberstufenzentren,
253 Universitäten, Kammern, Wirtschafts- und Wohlfahrtsverbände. Das wollen wir
254 anders machen. Deshalb werden wir mit den Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft
255 sowie mit Geflüchteten den Dialog suchen, um auf Grundlage ihrer Erfahrungen ein
256 aktuelles Integrationskonzept zu entwickeln und das Partizipations- und
257 Integrationsgesetz fortzuschreiben.